

„Das Volk hat nichts zu sagen“

AfD-Mitbegründer Alexander Gauland sieht den Rechtsstaat „täglich abgeschafft“

Von unserem Redaktionsmitglied
Kirsten Etzold

Zu klein für die Zuhörerzahl sind Saal und Empore im Schalander am Mittwochabend. Zum Vortrag des Ex-CDU-Staatssekretärs, AfD-Mitbegründers und Brandenburger Landtagsfraktionsvorsitzenden Alexander Gauland kommen mehr als 200 Menschen. Mancher fragt sich zum Ziel durch. Der Zustrom zu der Wahlkampfveranstaltung überrascht die Karlsruher AfD-Kandidaten Paul Schmidt und Marc Bernhard. Ein zusätzlich montiertes Mikrofon über-



trägt ins Freie. Innen und außen wachen Sicherheitsleute, zwei Polizisten laufen Streife in der Haid-und-Neu-Straße. Die Partei fand erst im dritten Anlauf einen Veranstaltungsort. (Die BNN berichteten.) Nun bleibt es ruhig, bis zum Ende gegen 21.30 Uhr. Gauland kommentiert das süffisant: „Sonst habe ich es überall mit der Antifa zu tun.“

Menschen jeden Alters, mehr Männer als Frauen, hören Gauland drei Wochen vor seinem 75. Geburtstag. Wie ein roter Faden zieht sich durch den Abend, die Regierung breche mit der Aufnahme der Flüchtlinge geltendes Recht. Schmidt und Bernhard ernten Beifall für diese Position. Gauland spricht betont auch von „Überfremdung“ und „Verharmlosung“ durch die „etablierten Altparteien“. Durch sie werde „täglich der Rechtsstaat abgeschafft, und das Volk hat nichts zu sagen“.

Warum die AfD nicht vor das Bundesverfassungsgericht ziehe, fragt ein Zuhörer später nach. „Sehr wacklig“, antwortet Gauland, sei angesichts entsprechender Gutachten von Verfassungsrichtern so ein Vorgehen. Er setze auf politische statt juristische Auseinandersetzung: „Mir ist ein Wahlsieg lieber als eine halbe Niederlage vor Gericht.“

Applaus und bestätigende Zwischenrufe spendet das Publikum, abweichende Meinungsäußerungen kommen nicht. Konzentriert und still folgt der Saal dem Redner mit 45 Jahren Politikerfahrung zu Abstechern in die Geschichte: in das Jahr 1913, kurz bevor der Erste Weltkrieg ausbrach, nach Österreich 1866, zum Beginn des Nahostkonflikts um 1917, Aspekten europäischer Außenpolitik. Gegen einen „europäischen Superstaat“ wendet sich Gauland, den Euro als gemeinsame Währung wieder abschaffen will er, und er fordert eine Außenpolitik, die „auf Russland Rücksicht nimmt“.

Wie das Verhältnis der AfD zur Pegida sei, möchte ein Zuhörer wissen. Gauland erklärt, die Pegida habe in Brandenburg „NPD-Nähe“. Nur zur Pegida in Dresden habe es „vagen Kontakt“ gegeben. Doch er sagt auch: „Wir sind nicht Teil der Pegida, aber wir vertreten auch die Menschen, die da mitmarschieren.“ Die Karlsruher AfD habe sich im März 2015 von der Pegida-Nachfolgebe-



ALEXANDER GAULAND (Mitte), AfD-Gründungsmitglied, warf bei einer Veranstaltung mit den Kandidaten Paul Schmidt (links) und Marc Bernhard der Regierung „Rechtsbruch“ vor. Foto: jodo

wegung distanziert, unterstreicht Schmidt, Stadtrat wie Bernhard, „weil wir anders arbeiten: Unser Platz ist in den Gremien, nicht auf der Straße.“

Hin und her geht es zwischen Publikum und Gauland, der bis 2005 auch Herausgeber einer Tageszeitung in Potsdam war, zur Rolle der Medien bei den Themen Kriminalität und Migration. Ein Zuhörer fordert „zuverlässige Informationen“, ein weiterer „Berichterstattung statt Belehrung“. Ein dritter aber

setzt ganz gegenteilig auf die nicht geprüften Mitteilungen in Internet und sozialen Netzwerken, gipfelnd in der Empfehlung: „Lassen Sie es sich notfalls von Ihren Kindern zeigen.“

Die AfD-Kandidaten werben, nur sie böten einen neuen Kurs. Gefragt, wie sie ihn realisieren wollen, antwortet Gauland: „Wir sind Opposition und machen keine Geschäfte mit den Altparteien. Die sollen die Probleme lösen, die sie selbst angestellt haben.“

Nico
ist g

eki. Hochwas
stellen die Kom
des lateiname
„Nacorugao“ v
derungen. Bein
dramatischen
Klimawandel
müssen die
schnell die rich
len. Im Rathaus
teilung der begr
deswegen eine h
schen den Frak
rungspartei mac
bau der regene
durch den Bau
sowie eine Auf
Opposition forc
Bewältigung de
nen in die Trinl

Die Kommune
fiktiven Staat
diesem Fall der
„Planspiel Südsi
tischer Perspekt
punkt Lateinam
zend klimapoli
Zehntklässler d
Neureut beteilig
dem vom Bund
wirtschaftliche
geförderten Proj
für einen Vormitt
Entscheidungsstr
Planspiel würde
beim Kampf geg
gen des Klimawa
tonten Realschull
then und ihre
Kristin Göbel, „
bei der Finanzier
men können im
schwer konkretisi